

Spaniens Trotz stellt den westlichen Konsens in Frage



16. August 2026 | José Goulão

Der jüngste Angriff auf Spanien – bei dem verarmte Menschen, die zu unvorstellbarem Leid verdammt sind, als politisches Kanonenfutter missbraucht werden – ist ein weiteres Beispiel für das schändliche Arsenal, das die imperialistische Macht und der Westen im weiteren Sinne einsetzen, um ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen.

Soll wirklich jemand ernsthaft glauben, dass auf Knopfdruck – irgendwo in Marokko, vielleicht auch in Tel Aviv oder Washington – Zehntausende Marokkaner und andere afrikanische Migranten gleichzeitig beschlossen haben, die spanische Enklave Ceuta zu stürmen, um sich anschließend über ganz Spanien zu verteilen?

Wer hat eine solche Operation organisiert? Wer hat sie koordiniert? Wer stand dahinter? Es ist unmöglich – oder zumindest intellektuell unehrlich –, ohne Beweise mit dem Finger auf jemanden zu zeigen. Doch wir haben diese Mechanismen schon einmal gesehen. Wir erkennen die Methoden. Wir verstehen die Strategien. Und wir können die politischen Ziele identifizieren, die damit erreicht werden sollen.

Meiner Meinung nach gibt es kaum Zweifel am Hauptziel in diesem Fall. Es ist der Sturz der Regierung von Pedro Sánchez in Madrid. Wer steckte dahinter?

Eine Regierung unter Führung der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), die – zu einem Zeitpunkt, als fast niemand damit gerechnet hatte – von der neoliberalen Orthodoxie abgewichen ist, die unter ihren Schwesterparteien in der gesamten westlichen Welt fast schon zur Pflicht geworden ist.

Diese Abkehr hat Konsequenzen. Und diese Konsequenzen werden für die globalen Machtstrukturen mit ihren Zentren in Brüssel und Washington zunehmend unerträglich.

Die hinter der Sprache der „liberalen Demokratie“ verborgene Autokratie hat daher beschlossen, dass gehandelt werden muss. Ein Motiv nach dem anderen wurde zusammengetragen. Vorwände häuften sich an, parallele Kampagnen liefen zusammen. Alle mit demselben politischen Ziel: den Sturz der Regierung Sánchez.

In den dunkelsten Albträumen von Persönlichkeiten wie Ursula von der Leyen, António Costa oder Donald Trump darf es keinen Platz für souverän denkende Regierungen geben – oder für politische Führer, die bereit sind, die vorherrschende Orthodoxie in Frage zu stellen –, weder innerhalb der EU noch innerhalb der NATO.

Die selbsternannten Hüter der „liberalen Demokratie“, der „gemeinsamen Werte“ und der „westlichen Zivilisation“ tolerieren bemerkenswert wenig Meinungsvielfalt innerhalb eines politischen Systems, das den Pluralismus unaufhörlich preist, dabei aber zunehmend mit nur einer Stimme spricht.

Sánchez' Regierung ist zur Beseitigung vorgesehen

Machen Sie sich nichts vor. In Washington und Brüssel ist über die politische Zukunft von Pedro Sánchez bereits entschieden worden. Seine Regierung ist zu einer Regierung geworden, die beseitigt werden soll. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass Spanien kein Land ist, das sich mit einem Fingerschnippen disziplinieren lässt. Es wäre ein schwerwiegender Fehler, dies zu unterschätzen.

Spanien ist eine Nation mit einem starken Selbstbewusstsein, einem ausgeprägten Geschichtsbeusstsein und einer bemerkenswerten Vielfalt. Es war nie ein gehorsamer „Musterschüler“ und wird es wahrscheinlich auch jetzt nicht werden. Es ist sich seines eigenen politischen Gewichts bewusst, lässt sich nicht leicht einschüchtern und hat kaum die Absicht, sich in einer supranationalen Ordnung aufzulösen, in der Nationen – und letztlich auch die Bürger – auf kaum mehr als Verwaltungseinheiten reduziert werden.

Genau aus diesem Grund ist Spanien für die Machtzentren in Brüssel und Washington zu einem Hindernis geworden. Und Hindernisse werden selten lange toleriert.

Der Druck auf Ceuta – der durch die zynische Ausbeutung menschlichen Leids und der kolonialen Ungleichheiten, unter denen Marokko und weite Teile Nordafrikas nach wie vor leiden, ausgeübt wird –, ist lediglich das jüngste Instrument in einer umfassenderen Kampagne zur Destabilisierung Spaniens.

Das politische Establishment in Washington, unterstützt von seinen Verbündeten in Brüssel, verfolgt dieses Ziel, seit Pedro Sánchez gezeigt hat, dass er nicht bereit ist, sich vollständig dem Modell des ungezügelten neoliberalen Kapitalismus anzupassen, das sowohl von den USA als auch von der EU gefördert wird und zunehmend mit militärischen Ambitionen und geopolitischen Konfrontationen verflochten ist.

Sánchez ist kein Revolutionär. Er stellt den Kapitalismus an sich nicht in Frage. Im Grunde genommen bleibt er ein Sozialdemokrat. Dennoch scheint er einer Tradition der Sozialdemokratie anzugehören, von der sich ein Großteil Europas stillschweigend abgewandt hat.

Wer heute als vollwertiges Mitglied des westlichen politischen Establishments gelten will, muss die neoliberale Orthodoxie fast schon als Glaubensbekenntnis verinnerlichen. Sánchez hat gezeigt, dass er dazu nicht bereit ist. Das allein macht ihn schon zu einer politischen Anomalie. Oder, um es mit den Worten der Technik zu sagen: zu einem Fehler im System.

Innerhalb der heutigen westlichen politischen Architektur gerät jede Regierung, die – und sei es nur geringfügig – vom vorgeschriebenen Konsens abweicht, bald unter Druck durch die undurchsichtigen, verschwörerischen und oft rachsüchtigen Mechanismen, die hinter den Kulissen in Brüssel und Washington am Werk sind.

Sánchez war auch nicht bereit, den jüngeren Generationen Spaniens die Kosten für die zunehmend militarisierten Ambitionen aufzubürden, die die EU im Namen der Unterstützung Kiews verfolgt. Diese Bestrebungen sind seiner Ansicht nach untrennbar mit einer Darstellung verbunden, die Russland als unmittelbare Bedrohung für ganz Europa darstellt – eine Darstellung, die zudem für mächtige Interessengruppen in der Rüstungsindustrie, im Energiesektor und bei großen Medienkonzernen außerordentlich profitabel geworden ist.

Auch in der Palästina-Frage hat Sánchez eine Haltung eingenommen, die Spanien von fast allen anderen westlichen Regierungen abhebt.

Er hat sich konsequent für die Rechte des palästinensischen Volkes eingesetzt und die israelische Regierung wegen ihres Vorgehens im Gazastreifen offen kritisiert, ihr Verstöße gegen das Völkerrecht vorgeworfen und sich gegen das Klima politischer Einschüchterung gewehrt, das viele europäische Staats- und Regierungschefs davon abgehalten hat, sich mit vergleichbarer Deutlichkeit zu äußern. Darin liegt vielleicht das größte Paradoxon von allen.

Unter den Regierungen, die sich so häufig auf die Autorität des Völkerrechts berufen, ist Spanien zu einer der wenigen geworden, die bereit sind, dieses in der Praxis konsequent anzuwenden. Für die Architekten der heutigen europäischen Orthodoxie ist das eine äußerst unangenehme Position. Und für manche von ihnen dürfte sie sogar unerträglich sein. Prinzipientreue hat ihren Preis

Die Kampagne gegen Pedro Sánchez begann auf der vorhersehbarsten Ebene: der Innenpolitik. Sie wurde unter dem Banner der Korruptionsbekämpfung gestartet – einem Anliegen, dessen Legitimität kaum anzufechten ist. Spaniens konservative Opposition, angeführt von der Volkspartei (PP) und der rechtsextremen Bewegung Vox, schloss sich mit einflussreichen Kreisen der Wirtschaft zusammen, um die Regierung Sánchez als unwiderruflich kompromittiert darzustellen.

Die Ironie dabei ist natürlich, dass viele derjenigen, die diese Offensive anführen, selbst seit Jahrzehnten in einer politischen Kultur agieren, die immer wieder von Korruptionsskandalen erschüttert wurde. Obwohl die Kampagne die Unterstützung eines bedeutenden Teils der spanischen Medienlandschaft genießt, ist es ihr bislang nicht gelungen, ihr eigentliches Ziel zu erreichen. Sie ist eher ins Stocken geraten, als dass sie verschwunden wäre.

Daraufhin verstärkte sich der Druck an einer anderen Front.

Sánchez' Weigerung, die von Donald Trump nachdrücklich unterstützte Forderung der NATO zu billigen, wonach die Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben unverzüglich auf fünf Prozent des BIP erhöhen sollen, brachte ihn sofort auf Kollisionskurs mit Washington. Seine Ablehnung war unmiss-

verständlich. Von diesem Moment an wurde Sánchez zu einem der bevorzugten politischen Gegner Trumps in Europa.

Spaniens zunehmend deutlich formulierte Haltung zu Palästina hat das Unbehagen sowohl innerhalb der NATO als auch der EU weiter vertieft. Unter den westlichen Staats- und Regierungschefs hat sich Sánchez dadurch hervorgetan, dass er über bloße Rhetorik hinausging und Maßnahmen ergriff, die darauf abzielten, konkreten politischen Druck auf Israel wegen dessen Vorgehens in Gaza auszuüben.

Seine Haltung hat weit über die Grenzen Spaniens hinaus Resonanz gefunden. Sie hat Bürger in ganz Europa und den USA dazu ermutigt, ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk offener und ohne Angst zum Ausdruck zu bringen, und so dazu beigetragen, dass die palästinensische Sache durch Demonstrationen, öffentliche Debatten und das Zeigen palästinensischer Symbole – was viele noch vor kurzer Zeit nur zögerlich taten – zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist.

Für diejenigen, die Spanien lieber politisch isoliert gesehen hätten – darunter auch Donald Trump nahestehende Stimmen, die offen hofften, das Land würde auf der internationalen Bühne nicht gestärkt hervorgehen –, hat sich das Ergebnis als zutiefst frustrierend erwiesen.

Trotz wiederholter Kontroversen im Zusammenhang mit großen Sportwettbewerben wurde Spaniens Erfolg auf dem Fußballplatz eher zu einem starken Symbol für nationales Selbstbewusstsein als für nationale Verwundbarkeit.

Während des gesamten Turniers gab es zahlreiche Solidaritätsbekundungen mit Palästina. In den Stadien des Turniers hissten die Fans palästinensische Flaggen. Auch Spieler mehrerer Nationalmannschaften – darunter Ägypten und Iran – bekundeten öffentlich ihre Unterstützung für die palästinensische Sache. Für viele Beobachter war die politische Symbolik dieser Gesten nicht mehr zu übersehen.



Vielleicht hat kein Bild diesen Moment eindringlicher eingefangen als das des jungen spanischen Stars Lamine Yamal, der den Sieg mit einer großen palästinensischen Flagge in den Händen feierte und später in Interviews seine Solidarität mit dem palästinensischen Volk bekräftigte.

Ob nun bewundert oder kritisiert – diese Bilder gingen um die Welt und trugen dazu bei, dass die Palästina-Frage fest im Fokus der internationalen öffentlichen Debatte blieb.

Vor diesem breiteren politischen Hintergrund erscheint der Druck, der durch die Krise in Ceuta auf Spanien ausgeübt wurde, weniger wie eine isolierte Migrationskrise als vielmehr als Teil einer umfassenderen Strategie, die darauf abzielt, die Regierung von Sánchez zu schwächen.

Es ist kein Zufall, dass einige der frühesten Forderungen nach einer Aussetzung der spanischen Teilnahme am Schengener Abkommen von nationalistischen und rechtsextremen Bewegungen in Europa kamen, die argumentierten, Madrid habe seine Unfähigkeit zur Migrationskontrolle unter Beweis gestellt. Von Giorgia Melonis Verbündeten in Italien bis hin zu konservativen Hardliner-

Regierungen in Nordeuropa – und Persönlichkeiten wie André Ventura in Portugal – gewann die Forderung, Spanien politisch zu bestrafen, rasch an Boden.

Unterdessen wurde Marokkos regionale Position weiter gestärkt, nachdem Donald Trump die marokkanische Souveränität über die Westsahara anerkannt und große Infrastrukturprojekte unterstützt hatte, die marokkanisches Territorium mit den besetzten Gebieten der Sahrauis verbinden.

Für Madrid haben diese Entwicklungen auch weitreichende historische und diplomatische Auswirkungen, angesichts der langjährigen Beziehungen Spaniens zu seiner ehemaligen Kolonie und des nach internationalem Recht ungeklärten Status der Westsahara.

Seit Jahrzehnten vertreten die Vereinten Nationen den Grundsatz, dass das Volk der Sahrauis durch ein Referendum über seine eigene Zukunft entscheiden sollte. Heute, so argumentieren Kritiker, drohen geopolitische Realitäten zunehmend, dieses Bekenntnis durch vollendete Tatsachen vor Ort zu ersetzen.

Sollte sich diese Entwicklung tatsächlich fortsetzen, besteht die Gefahr, dass das Völkerrecht und die Menschenrechte den strategischen Interessen mächtiger Staaten untergeordnet werden – ein Paradoxon, gegen das die spanische Regierung zunehmend vorgeht.

Der Preis des Widerstands

Ein Luxusresort im Gazastreifen und eine neue Autobahn, die quer durch die Westsahara führt – und die zudem die Ausbeutung der riesigen Bodenschätze des Gebiets erleichtern wird –, würden nach Ansicht ihrer Kritiker die Projekte der ethnischen Säuberung in Palästina und im letzten ungelösten Kolonialgebiet Nordafrikas vollenden.

Diese Entwicklungen würden diejenigen bereichern, die ohnehin schon in der Lage sind, davon zu profitieren, und gleichzeitig Landschaften, die von unermesslichem menschlichem Leid geprägt sind, in Reiseziele für den internationalen Tourismus verwandeln. Das ist die humanitäre Vision, die der Welt derzeit präsentiert wird.

Der Westen möchte uns glauben machen, dass Frieden, Zivilisation und Wohlstand auf Böden gedeihen können, die von Enteignung und Krieg gezeichnet sind – als ließe sich die Geschichte selbst einfach überdecken. Ein weiterer Kreuzzug wurde erfolgreich abgeschlossen.

Doch aus den verborgenen Kammern, in denen die Strategien dieses neuen und sorgfältig verpackten „Pazifismus“ ausgeheckt werden, ist ein unerwartetes Hindernis aufgetaucht: Spanien.

Die Geschichte lehrt uns, dass jedes System, das zur ideologischen Konformität neigt, irgendwann keine abweichenden Meinungen mehr duldet. Je totalitärer ein politisches Projekt ist, desto weniger Raum lässt es für unabhängige Stimmen.

Trotz wachsenden Drucks und immer raffinierterer Destabilisierungsversuche hat sich die Regierung von Pedro Sánchez bislang geweigert, nachzugeben. Der Angriff auf Ceuta stellt eine der schwersten Prüfungen dar, denen sie sich bisher stellen musste.

Die Drahtzieher dieses Angriffs zeigten wenig Rücksicht auf die Tausenden schutzbedürftigen Menschen, die in diese Krise hineingezogen wurden. Wie so oft, wenn politische Ziele zum Selbstzweck werden, wurden Menschenleben zu bloßen Instrumenten degradiert.

Der Zeitpunkt selbst schien sorgfältig kalkuliert. Die Migrationskrise entfaltete sich, während gleichzeitig verheerende Waldbrände weite Teile Spaniens verwüsteten und die Rettungsdienste sowie Sicherheitskräfte des Landes bis an ihre Grenzen belasteten. Doch viele der in die Operation verwickelten Menschen erkannten schließlich die Täuschung.

Als ihnen bewusst wurde, dass sie zu Schachfiguren in einer politischen Strategie geworden waren, die weit über sie hinausging, entschieden sich viele für die Rückkehr nach Marokko und entkamen so knapp einer Falle, die von jenen gestellt worden war, die sie nie als Menschen angesehen hatten, die Würde verdienen, sondern lediglich als entbehrliche Mittel in einer geopolitischen Konfrontation.

Aus den Erfahrungen Spaniens lässt sich vielleicht eine allgemeinere Lehre ziehen. Die Bürger in der gesamten EU und der NATO haben Grund, diese aufmerksam zu beobachten.

Spanien hat gezeigt, dass es – so schwierig die Aufgabe auch sein mag – nach wie vor möglich ist, die vorherrschende Orthodoxie dessen in Frage zu stellen, was gemeinhin als westliche demokratische Ordnung bezeichnet wird.

Unabhängig davon, ob man mit der Politik von Sánchez einverstanden ist oder nicht, hat seine Regierung gezeigt, dass politische Unabhängigkeit in Europa noch nicht verschwunden ist. Und genau das könnte sich für diejenigen, die glauben, dass abweichende Meinungen im modernen Westen keinen Platz mehr haben, als die beunruhigendste Entwicklung von allen erweisen.